

STADT KITZINGEN



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES FINANZAUSSCHUSSES AM 17.01.2013

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 17.01.2013
Beginn: 18:30 Uhr
Ende: 21:00 Uhr
Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Siegfried Müller

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Manfred Marstaller

Vertretung für Herrn Klaus Günther

Stadträtin Rosmarie Richter

Stadtrat Karl-Heinz Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion

Stadtrat Andreas Moser

Stadträtin Gertrud Schwab

SPD-Stadtratsfraktion

Stadträtin Dr. Brigitte Endres-Paul

Stadträtin Elvira Kahnt

FW-FBW-Stadtratsfraktion

Stadträtin Barbara Wachter

ohne Ziffer 6, Beschluss

Stadträtin Jutta Wallrapp

KIK-Stadtratsfraktion

Bürgermeister Klaus Christof

ödp-Stadtratsgruppe

Stadträtin Andrea Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe

Stadtrat Franz Böhm

Schriftführer/in

Verwaltungsfachwirt Herbert Müller

Berichterstatter

Bauamtsleiter Oliver Graumann

Oberrechtsrätin Susanne Schmöger

Stadtkämmerer Bernhard Weber

Entschuldigt:

UsW-Stadtratsfraktion

Stadtrat Klaus Günther

Gäste:

2. Bürgermeister May
Stadträtin Glos
Stadtrat Freitag
Ortssprecher Pfrenzinger
Ortssprecherin Schlötter

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift des Finanzausschusses vom 22.11.2012

Oberbürgermeister Müller verweist auf die vorliegende Niederschrift und erkundigt sich nach Fragen.

Stadträtin Dr. Endres-Paul verweist auf die Behandlung des Antrages der SPD-Fraktion hinsichtlich der regelmäßigen Berichterstattung der Verwaltung bei Großprojekten, was seitens des Stadtrates abgelehnt wurde. Bauamtsleiter Graumann habe gleichwohl zugesagt, dass bei Kostenüberschreitungen eine entsprechende Übersicht erstellt werde.

Protokollführer Müller nimmt diese Änderung auf, wenn die Aussage in der Form getätigt wurde.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Finanzausschusses vom 22.11.2012 gilt gemäß Art. 54 Abs. 2 als genehmigt.

2. Abwasseranlage; Kläranlage Kitzingen

Stadtkämmerer Weber verweist auf den Sachvortrag sowie die bisherigen Zweckvereinbarungen und die Situation, dass die als Kompromiss geplante Vereinbarung von einer Kommune nicht unterzeichnet wurde. Mit Blick auf die Umsetzung des Handlungskonzeptes ist mit allen Partnergemeinden eine neue Zweckvereinbarung abzuschließen. Dabei soll mit jeder Gemeinde eine eigene Zweckvereinbarung abgeschlossen werden. Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband steht hierbei auch unterstützend zur Seite. Es sei geplant, dass die Zielvereinbarungen bis Ende Mai abgeschlossen sein. Sollte eine Vereinbarung nicht abgeschlossen werden können, so ist vorgesehen, mit dieser Kommune eine Pflichtvereinbarung abzuschließen.

Auf die Frage, die Pflichtvereinbarung zu befristen, stellt Oberrechtsrätin Schmöger dar, dass eine Pflichtvereinbarung nur so lange gelte, bis die Differenzen ausverhandelt seien, welche anschließend in eine normale Vereinbarung übergehe.

Stadträtin Kahnt fragt nach der Möglichkeit eines Zweckverbandes, worauf Stadtkämmerer Weber erklärt, dass man sich zunächst mit den Partnergemeinden einigen müsse, bevor derartige Überlegungen angestellt werden.

Oberrechtsrätin Schmöger ergänzt, dass beide Möglichkeiten (Zweckvereinbarung bzw. Zweckverband) einen unterschiedlichen Rechtscharakter hätten.

Auf den Verweis von Stadträtin Richter auf den Beschlussentwurf, der gegenwärtig die Verwaltung berechtigt, die Vereinbarungen abzuschließen, ändert Oberbürgermeister Müller dies auf „auszuverhandeln“ ab und sagt zu, die Verträge vor Abschluss dem Stadtrat nochmals vorzulegen.

beschlossen dafür 13 dagegen 0

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, bis Ende Mai mit den einzelnen Partnergemeinden Zweckvereinbarungen auszuverhandeln.

Sollte es nicht zum Abschluss der Zweckvereinbarungen kommen, wird die Verwaltung ermächtigt, zusammen mit der Rechtsaufsichtsbehörde den Abschluss von Pflichtvereinbarungen nach Art. 16 KommZG zu überprüfen.

3. Anträge von Fraktionen und Gruppen

3.1. kik-Antrag vom 23.07.12: Wohnraumkonzept Kitzingen 2030

Bürgermeister Christof geht als Antragssteller ausführlich auf ein zu erstellendes Wohnraumkonzept – insbesondere mit Blick auf die Entwicklung von Marshall Heights - ein und erklärt, dass es sehr wichtig sei, entsprechenden Vorgaben zu machen und nicht dem günstigsten Anbieter den Auftrag zu erteilen. Anhand einer Präsentation geht er im Folgenden auf mögliche Inhalte und Eckpunkte eines Wohnraumkonzeptes ein und stellt abschließend fest, dass vor einer Beauftragung, die Inhalte des Konzeptes klar sein sollten.

Stadtrat Moser bedankt sich für die Vorarbeit und stimmt zu, dass eine Entwicklung bedarfsorientiert sein müsse. Mit Blick auf die vielen gegenwärtigen Fragestellungen, sei eine Umsetzung Schritt für Schritt sinnvoll. Er lehne jedoch die vorherige Erbringung seitens der Bau GmbH ab. Diese Daten müssten von der Verwaltung zusammengetragen werden.

Stadträtin Dr. Endres-Paul bedankt sich ebenfalls für die Vorarbeit und gibt ihre Unterstützung. Ihrer Auffassung nach könnte man hier auch die Universität mit ins Boot nehmen.

Stadtrat Schmidt bedankt sich ebenfalls beim Antragssteller für die Vorarbeit und ist der Auffassung, dass die städtischen Belange besonders berücksichtigt werden sollten. Seiner Auffassung nach sollte die Wohnungsmarktanalyse vorab im Stadtentwicklungsbeirat beraten werden. Außerdem bittet er um Prüfung von Fördermöglichkeiten.

Stadtkämmerer Weber stellt dar, dass eine Förderung über Stadtumbau West in Höhe von 60 % im Grunde möglich sei.

Oberbürgermeister Müller fasst nach weiteren positiven Wortmeldungen von Stadträtin Wallrapp und Stadträtin Schmidt zusammen, dass man sich bei der Stadt

Würzburg erkundigen werde, da Würzburg einen ähnlichen Weg bestritten habe. Darüber hinaus sei es seiner Auffassung nach sinnvoll, die Daten vorab zusammenzutragen und eine Beratung im Stadtentwicklungsbeirat durchzuführen.

beschlossen **dafür 13** **dagegen 0**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für das Wohnraumkonzept 2030 die notwendigen Daten umgehend zu ermitteln und in Zusammenarbeit mit dem Stadtentwicklungsbeirat die Grundlagen für ein Wohnraumkonzept festzulegen.

3.2. SPD-Antrag vom 04.11.2012 bzgl. Treppe Nordbrücke

Stadträtin Dr. Endres-Paul geht auf den Antrag auf Errichtung einer Brücke im Bereich der Nordbrücke ein und kann sich mit dem Vorschlag der Verwaltung, auf Kostenermittlung und anschließender Vorlage an den Stadtrat, einverstanden erklären.

Stadträtin Richter verweist auf den Beschlussentwurf, wonach die Treppe errichtet werden solle und stellt fest, dass dies ohne Kenntnis von Kosten passiere. Im Folgenden diskutieren die Stadträte kurz über den Antrag, wobei mehrheitlich die Meinung vertreten wird, dass die Treppe an dieser Stelle nicht benötigt werde.

abgelehnt **dafür 2** **dagegen 11**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Zwischen der Sanitärstation des Wohnmobilstellplatzes vor der Nordbrücke und dem bestehenden Fußweg hinter dem Bayernheim wird eine Treppe gebaut.

3.3. SPD-Antrag vom 04.11.2012 bzgl. Festplatz Bleichwasen

Oberbürgermeister Müller verweist auf den Antrag der SPD-Fraktion, wonach der Festplatz in der Gestalt herzurichten ist, dass bei entsprechender Nutzung und Beanspruchung keine Schlammwüste entsteht. Die Stadtgärtnerei habe den Auftrag, mit einer entsprechenden Ansaat, den Rasen wieder zu ertüchtigen. Dies könne jedoch nicht in Form des Beschlusses gewährleistet werden.

abgelehnt **dafür 4** **dagegen 9**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Festplatz wird so hergerichtet, dass bei Betrieb keine „Schlammwüste“ entsteht.

4. Auftragsvergaben

4.1. Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen für den Städt. Bauhof; Beschaffung eines Trägerfahrzeuges hier: Auftragsvergabe nach beschränkter Ausschreibung gem. VOL/A; Kenntnisnahme

Ohne Abstimmung

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass in vorangegangener nichtöffentlicher Sitzung der Auftrag zur Beschaffung eines Trägerfahrzeuges für den Städtischen Bauhof vergeben wurde.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Kanalnetz Stadt Kitzingen - Herstellung und Unterhalt der Kanalhausanschlüsse für 2013 hier: Zuschlagserteilung für die Bauarbeiten gemäß Jahres-Leistungsverzeichnis

beschlossen dafür 13 dagegen 0

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Firma Rank Bauunternehmen GmbH, 97318 Kitzingen erhält den Auftrag für die Herstellung und den Unterhalt der Kanalhausanschlüsse im Jahre 2013 mit einer Auftragssumme in Höhe von 109.185,46 € inkl. 19 % MwSt., gemäß Angebot vom 07.01.2013.
3. Im Haushalt 2013 werden bei der Haushaltstelle 1.7000.9563 hierfür 110.000,00 € veranschlagt.

5. Satzung über die Herstellung von Stellplätzen und deren Ablösung der Großen Kreisstadt Kitzingen (Stellplatzsatzung)

Oberrechtsrätin Schmöger geht auf den Sachverhalt ein.

Bürgermeister Christof gibt zu bedenken, wer Nutznießer dieser Satzung sei und verweist auf eine Ungleichbehandlung von Vorhabensträgern, die ihr Vorhaben nicht in der Innenstadt umsetzen und führt beispielhaft die Projekte „Mühlenpark“ (Siedlung) sowie „Goldener Löwe“ (Innenstadt) an. Darüber hinaus ist er der Auffassung, dass im Gegenzug für eine mögliche Ausgleichzahlung, Parkplätze geschaffen werden müssen.

Er möchte außerdem wissen, wer die Festlegung treffe, dass ausreichend Parkplätze zur Verfügung stehen.

Oberrechtsrätin Schmöger erklärt, dass die Rechtsgrundlage aus dem Art. 46 BayBO abgeleitet werden könne und nachweislich der Aufzeichnungen der Verkehrsüberwachung und der Polizei täglich zu jeder Tages- und Nachtzeit in der Innenstadt ein Parkplatz – auch unter Berücksichtigung sämtlicher Parkhäuser – zur Verfügung steht.

Bauamtsleiter Graumann ergänzt, dass der Wegfall der Stellplatzablöse ein Instrument der Wirtschaftsförderung sei.

Stadträtin Schmidt wundert sich, weshalb für Fahrradstellplätze eine Ablöse gezahlt werden müsse und für Autos hingegen nicht.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass gegenwärtig zu wenige Fahrradstellplätze vorhanden seien und durch die Schaffung bzw. Ablöse der Fahrradverkehr in die Innenstadt gesteigert werden sollte.

beschlossen **dafür 12 dagegen 1**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Dem Erlass der Satzung über die Herstellung von Stellplätzen und deren Ablösung der Großen Kreisstadt Kitzingen (Stellplatzsatzung) wird zugestimmt.

6. Haushaltsüberschreitung Natur in Kitzingen 2011; Innere Verrechnungen

beschlossen **dafür 12 dagegen 0**

Die Haushaltsüberschreitung für das Rechnungsjahr 2012 bei

HSt.	Bezeichnung	Haushaltsansatz	Überschreitungs- betrag
<u>VwHh:</u> 5840 6790	Ehemaliges Gartenschau- gelände Innere Verrechnungen Leistungen Bauhof und Gärtnerei bisher bereitgestellt somit insgesamt:	26.000 €	6.500 € <u>35.000 €</u> <u>41.500 €</u>

wird genehmigt.

Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer HSt. 9000 0030.

7. Sonstiges

7.1. Anfrage von Stadträtin Wallrapp Erscheinungstermin nächste Ausgabe „Der Falter“

Stadträtin Wallrapp stellt fest, dass die erste Ausgabe des Falters bereits am 14. Dezember erschien und möchte wissen, wann mit Blick auf die monatliche Erscheinung die nächste Ausgabe erscheine.

Protokollführer Müller erklärt, dass der Veröffentlichungstermin der ersten Ausgabe mit Blick auf Weihnachten gewählt wurde und die nächste Ausgabe Ende Januar erscheinen werde.

**7.2. Anfrage von Bürgermeister Christof
Stellungnahme Verkehrsplaner zu den Stellplätzen in der Innenstadt**

Bürgermeister Christof möchte wissen, welche Stellungnahme der Verkehrsplaner zu den Stellplätzen in der Innenstadt abgegeben habe.

Bauamtsleiter Graumann erklärt, dass Herr Dr. Baier im Grunde keinen Widerspruch sehe.

**7.3. Anfrage von Stadtrat Moser
Darstellung des städtischen Haushaltes**

Stadtrat Moser möchte wissen, ob die Differenz bei den einzelnen Bereichen entsprechend fortgeschrieben werden könne.

Stadtkämmerer Weber sagt dies für jeden einzelnen Einzelplan zu.

Oberbürgermeister Siegfried Müller schließt die öffentliche Sitzung um 21:00 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Siegfried Müller
Oberbürgermeister

Herbert Müller
Verwaltungsfachwirt